

Geht per Mail an: M21-24@eda.admin.ch

12.8.2019

Vernehmlassung: Internationale Zusammenarbeit 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Die BDP begrüsst grundsätzlich die Neustrukturierung der internationalen Zusammenarbeit, wobei sie allerdings punktuell Nachbesserungen verlangt. Generell fordert die BDP jedoch, dass die humanitäre Tradition nicht den wirtschaftlichen Interessen der Schweiz untergeordnet werden darf.

Generell

Die BDP negiert den Zusammenhang von internationaler Zusammenarbeit und den Interessen der Schweiz keineswegs. Allerdings ist sie dezidiert der Meinung, dass die humanitäre Tradition und die in unserer Verfassung formulierten Grundsätze nicht zulasten der – zum Beispiel - handelspolitischen Interessen der Schweiz eingeschränkt werden sollen. Internationale Zusammenarbeit ist ein langfristiger Prozess, der nicht für kurzfristige Ziele instrumentalisiert werden darf.

In diesem Zusammenhang wird gefordert, dass die "Official Development Assistance" (APD) nicht unter den Wert von 2018 (2018 lag die APD bei 0.44% des BNE oder bei 0.40% des BNE, wenn die Betreuungskosten für Asylsuchende in der Schweiz nicht dazugezählt werden) gesenkt werden darf. Schon dieser Wert von 2018 liegt deutlich unter den von der OECD geforderten 0.7%.

Entsprechen die vorgeschlagenen Ziele Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz?

Generell wäre es wünschenswert, wenn die Zusammenhänge zwischen den vier gesetzten Zielen konkretisiert würden, da themenübergreifende Ansätze zum Beantworten globaler Fragen notwendig sind. Zudem wird gefordert, dass Bildung den Zielen hinzugefügt wird – oder zumindest den Schwerpunkten. Ein funktionierendes und gutes Bildungssystem hat positive Auswirkungen in sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereichen. Darüber hinaus beeinflusst es die Armutsreduktion, die Gesundheit, den Frieden und die Sicherheit.

Ziel 1 wird grundsätzlich unterstützt. Angefügt werden muss jedoch, dass wirtschaftliche Entwicklung nur vonstattengehen kann, wenn dafür auch die nötigen Ressourcen - hier namentlich die Bildung – vorhanden sind.

Ziel 2, die Bekämpfung des Klimawandels, wird vollumfänglich unterstützt. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass Massnahmen kohärent in allen Departementen angestrebt werden müssen. Denn die Schweiz darf sich dieser Verantwortung nicht länger entziehen.

Ziel 3 ist bereits in den Vorbemerkungen thematisiert worden: Die internationale Zusammenarbeit verfolgt langfristige Interessen, deren Instrumentalisierung zum Erreichen kurzfristiger Ziele, beispielsweise in der Migrationspolitik, fragwürdig erscheint. Zudem fehlt bei diesem Ziel die Armutsbekämpfung – notabene ein wichtiger Grund für Migration.

Bei Ziel 4 bedarf es einzig des Hinweises, dass die Stärkung der Zivilgesellschaft ebenfalls in der Zielformulierung erwähnt werden sollte.

Entsprechen die neuen Schwerpunkte Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz?

Grundsätzlich werden alle formulierten, neuen Schwerpunkte gutgeheissen. Es bleibt einzig die erneute Aufforderung, den Klimawandel konsequent anzugehen – nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch bei uns in der Schweiz.

Auswirkungen des Klimawandels, wie zum Beispiel Dürren oder Wasserknappheit, können zu humanitären Krisen, Unruhen und Konflikten führen und diese wiederum hätten auch Konsequenzen für die Schweiz.

Entspricht die vorgeschlagene geografische Fokussierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz?

Eine geographische Fokussierung in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist sinnvoll und wird demnach unterstützt. Nicht nachvollziehbar erscheint allerdings der komplette Ausstieg aus Lateinamerika. Wie bereits erwähnt, strebt die internationale Zusammenarbeit langfristige und damit nachhaltige Ziele an. Ein abrupter Abbruch würde demnach nicht nur das Erreichen dieser langfristigen Ziele verunmöglichen, sondern auch die bisher eingesetzten finanziellen Mittel in Frage stellen.

Zum Schluss bleibt nur noch der Hinweis auf einen Widerspruch: Im vorliegenden Bericht sind die Interessen der Schweiz - darunter auch handelspolitische - eine der Grundlagen für die Festlegung der Ziele und Schwerpunkte. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob es wirklich im Interesse der Schweiz ist, Kriegsmaterial in Krisengebiete zu exportieren, in denen der hohe Migrationsdruck auf die Schweiz und Europa oftmals seinen Ursprung hat. Dies widerspricht nicht nur der humanitären Tradition der Schweiz, sondern entbehrt auch jeglicher ökonomischen Logik.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz